

VOR 25 JAHREN

Keine weiteren Gogo-Girl-Auftritte

Es bleibt dabei: Im Kanton Schwyz werden keine neuen Bewilligungen für Auftritte von Gogo-Girls vergeben. Das Schwyzer Verwaltungsgesicht hat soeben einen Entscheid der Regierung gestützt und eine Beschwerde des «Barcarola»-Betreibers abgelehnt. Begründet wird der Entscheid unter anderem mit der Ausbeutung von Dritt-Welt-Frauen, was die Regeln von Sitte und Anstand verletze. Peter Rietmann will den Fall vor Bundesgericht weiterziehen. (adm)

Bald auch Eidgenossinnen

Dass Schwingen längst keine Männersache mehr ist, beweisen die zahlreichen Frauen-Schwingfeste, welche seit 1981 durchgeführt wurden. Nun möchte der OKP des Oberägerer-Frauenschwingets, Jakob Roggenmoser, am 4. April in Aeschi (bei Spiez) einen Eidgenössischen Schwingerinnen-Verband gründen. Für Geburtshelfer Roggenmoser stehen die Chancen nicht schlecht, bald auch Eidgenossinnen erküren zu können. Und vielleicht stammt die erste Eid. Schwingerkönigin gar aus Schwyz, denn mit Helen Schürpf, welche schon 13 Kränze eroberte, dürfte auch eine Schwingfest-Siegerin in den Wettkampf steigen. Nebst ihr sind noch weitere 10 bis 15 Frauen aus dem Kanton Schwyz aktiv dabei. (ka)
Aus dem «Boten» vom 27. März 1992

Bald «blaue Zone» und Parkingmeter in Brunnen

Der Gemeinderat hat dem Baudepartement des Kantons Schwyz beantragt, in Brunnen eine Parkplatzbewirtschaftung einzuführen. Der Gemeinderat hat an dieser Stelle wiederholt erwähnt, dass er den Parkierungsproblemen, die im Zusammenhang mit dem Weg der Schweiz entstanden sind, energisch zu Leibe rücken möchte. So hat er nach eingehenden Abklärungen und unter Beizug des Verkehrsplaners der Einführung der sogenannten blauen Zone auf ca. ein Drittel der Parkfelder des Gemeindeparkplatzes zugestimmt. Die restlichen Parkfelder sowie die Parkplätze «Weisses Kreuz» und «Dettlingmatte» (vis-à-vis Bahnhof), letztere im Einverständnis mit den Besitzern, sollen mittels einer zentralen Parkuhr bewirtschaftet werden. (amtl)
Aus dem «Boten» vom 30. März 1992

Gersau: «Hof» will Kurse anbieten

Mit Monika und Pius Nigg-Müller aus Gersau wird ab 1. April erstmals ein Ehepaar die Leitung des «Hofs» Gersau übernehmen. Der Wechsel wurde nötig, weil sich die Schwestern von Ingenbohl aus personellen Gründen nach über 60 Jahren vom Ferien- und Erholungsheim des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes (SKF) zurückzogen. (pd)
Aus dem «Boten» vom 1. April 1992



Monika und Pius Nigg übernehmen die Leitung des Erholungsheimes Hof in Gersau.

Gemeinden warnen: 9 Mio. Franken Mehrkosten bei Kesb-Ja

Schwyz Der Abstimmungskampf um die Kesb-Initiative ist im vollen Gang. Die Gemeinden wehren sich und rechnen mit hohen Mehrkosten, falls das Volksbegehren angenommen wird.

Jürg Auf der Maur

Die beiden SVP-Nationalräte Pirmin Schwander und Marcel Dettling pilgern schon seit Wochen durch den Kanton. Sie werben für ein Ja zur SVP-Initiative «Keine Bevormundung der Bürger und Gemeinden». Über die sogenannte Kesb-Initiative wird zwar erst am 21. Mai abgestimmt, doch die Wogen gehen bereits jetzt hoch. Morgen Mittwoch kommt es in Goldau zum ersten Mal zu einer direkten Begegnung zwischen Initiant Pirmin Schwander und Regierungsrätin Petra Steimen. Im Restaurant Gottward in Goldau wird sie darlegen, weshalb die Initiative ausser unnötiger Unruhe nichts bringt.

Jetzt schalten sich die Gemeinden erneut ein und wiederholen ihre im ver-

gangenen Juni vorgebrachte Kritik. Damals gaben die Fürsorgebehörden bekannt, dass sie unisono beim jetzigen System bleiben wollen und dass eine Verschiebung der Verantwortlichkeit vom Kanton zu den Gemeinden – anders als von den Initianten behauptet wird – nichts bringt. «Daran hat sich nichts geändert», erklärte gestern Franz Merlé, Vizepräsident des Schwyzer Gemeinde- und Bezirksverbandes gegenüber dem «Boten der Urschweiz». Merlé, selber Mitglied der Schwyzer SVP, ist innerhalb des Verbandes als Präsident zuständig für die Fachgruppe Gesellschaft.

Hohe Kosten und viele Unsicherheiten als Folge

Die Rückübertragung der Kesb an die Gemeinden und Bezirke, wie sie von der Ini-

tiative gefordert wird, wäre mit «grossem finanziellen und personellen Aufwand verbunden», halten die Schwyzer Gemeinden fest. Sie müssten sich über die Kreisbildung und den Aufbau der neuen Kesb einig werden, was ein schwieriger Prozess sein könnte. Inhaltlich bliebe aber alles beim Alten, denn auch die neue Organisation muss die fachlichen Anforderungen gemäss Bundesrecht erfüllen, und sie müsste nach wie vor gemäss Bundesrecht kompetente Fachpersonen aufweisen. Es sei, so Merlé, davon auszugehen, «dass sich einige Mitarbeitende der jetzigen Kesb nach Annahme der Initiative neu orientieren müssten und dass ein personelles Vakuum entsteht». Die Folge wären Pendenzenberge, schon bevor die neue Organisation steht, was sich negativ auf die Klienten auswirken würde und so beispielsweise

dringende Entscheide im Kinderschutz nicht gemacht oder umgesetzt werden könnten. Bis die neue Organisation funktionieren würde, sei mit einer Projektdauer von zirka drei Jahren zu rechnen. Kostenschätzungen des Gemeindeverbandes zeigen, dass mit rund neun Millionen jährlichen Mehrkosten für Gemeinden und Bezirke zu rechnen wäre, wobei die Initial- und Rückführungskosten noch nicht einmal berücksichtigt seien.

«Der finanzielle und personelle Aufwand wäre gross.»

Fürsorgebehörden lehnen Initiative ab

Schwyz Mit seinem Positionsbezug weist der Gemeindeverband die Argumente der Befürworter diametral zurück. Nationalrat Pirmin Schwander argumentierte an der eigenen Informationsveranstaltung im Restaurant Distel in Rothen thurm kürzlich, dass die Umstellung in- nert Monate möglich wäre, wenn man das Bestehende nicht wolle. Wer das Gegenteil sage, solle abgewählt werden.

Franz Merlé, Vizepräsident des Gemeinde- und Bezirksverbandes, kann da

nur lachen und weist darauf hin, dass es wohl allein ein Jahr brauchen würde, um die Vorarbeiten zu erledigen. «Das heisst, dass das Parlament nach einem Ja wohl erst 2018 grünes Licht für die Neuorganisation geben könne.» Inhaltlich ändere sich aber nichts, weil die gesetzlichen Vorgaben vom Bund her ja nicht ändern würden.

Die Gemeinden attestieren der Initiative immerhin, dass sie Verbesserungen des heutigen Zustands angeregt

haben. So ist die Kommunikation zwischen den Behörden besser geworden. Trotzdem sprechen sich die Gemeinden gegen eine Neuorganisation aus. 27 Gemeinden waren am Tisch, als im vergangenen Jahr die Position festgelegt wurde. Rothen thurm war ferienabwesend nicht vertreten, Steinerberg nahm zwar nicht teil, stellte sich aber schriftlich hinter das Nein des Gemeindeverbandes. Einzig die Berggemeinde Riemenstalden wurde damals nicht einbezogen. (adm)



Franz Merlé
Vizepräsident Gemeindeverband

Das Ybrig hat dringenden Deponiebedarf

Unteriberg Die Rechnung 2016 schliesst etwas besser ab als budgetiert, aber immer noch mit einem Defizit von 790 000 Franken. Es stehen zwei Traktanden an, über die an der Urne entschieden wird.

Die Rechnung der Gemeinde Unteriberg schliesst um rund 150 000 Franken besser ab als veranschlagt. Durch das Defizit von 790 000 Franken reduziert sich das Eigenkapital per Ende 2016 auf eine Million Franken. Mit 2,17 Mio. Franken sind die Zahlungen des Finanzausgleichs und der Anteil an kantonale Steuern gleich hoch geblieben wie im Jahr zuvor.

Altersheim hat nun eine Demenzabteilung

An der Gemeindeversammlung werden 570 000 Franken Nachkredite vorgelegt. Die grössten Posten betreffen die Wasserversorgung (55 700 Franken), die Abwasserbeseitigung (97 500 Franken) sowie 113 000 Franken für diverse unvorhergesehene Unterhaltsarbeiten und dringende Beschaffungen am und im Altersheim. Am 1. Januar wurde der «Geschützte Wohnbereich Demenz» in Betrieb genommen. Für die Bewohner mit einem erhöhten Betreuungsaufwand wird seither fallbezogen ein Zuschlag erhoben. Ausserdem mussten die Pensionstaxen erhöht werden, weil das Altersheim Ybrig selbsttragend sein muss.

An der Gemeindeversammlung wird abschliessend nicht nur über die Rechnung und Nachtragskredite befunden, sondern auch über die Bauabrechnung der Sanierung der Schulanlage Herti. Die Bauarbeiten wurden im Mai 2016 abgeschlossen, das 3,9-Mio.-Grossprojekt konnte praktisch mit einer Punktländung abgerechnet werden. In den kommenden Monaten wird noch die «Holzschnitzelheizung Turnhalle Herti» realisiert. Zwingend bis Ende 2017 ausgeführt sein muss ausserdem die Sa-



In der Lehweid soll eine Deponiezone eingerichtet werden.

Bild: Konrad Schuler

nierung des Kugelfangs der Schiessanlage Studen.

Der Zonenplan muss angepasst werden

Der Gemeindeversammlung werden noch zwei Traktanden unterbreitet, welche der Urnenabstimmung vom 21. Mai unterliegen: In den Zonenplan müssen die Naturgefahrenkarte und der Gewässerraumbedarf integriert werden – beides aufgrund von höher gewichtetem Bundes- respektive Kantonsrecht. Im Baugesetz werden aus dem gleichen Grund neue Gewässerabstände definiert.

Schliesslich soll in der Lehweid eine 28 600 Quadratmeter grosse Aushubdeponie eingerichtet werden. Sie hat eine Kapazität von 250 000 m³, liegt in der

Nähe der Talstation Weglosen und wird in drei Etappen aufgefüllt und am Schluss wieder begrünt. Die Dringlichkeit dieses Begehrens unterstreicht der Gemeinderat mit dem Hinweis, dass die Deponie Jessenen in Oberiberg Mitte Jahr aufgefüllt sein wird. Mit der Lehweid können der abschbare Kapazitätsengpass im Gebiet Ybrig behoben und unnötige Fahrten in auswärtige Deponien vermieden werden.

Franz Steinegger

Hinweis

Die Gemeindeversammlung Unteriberg findet am Freitag, 21. April, 20 Uhr im Mehrzweckhaus Baumeli statt.

Rechnung 2016

Laufende Rechnung

Aufwand	12,99 Mio. Fr.
Ertrag	12,20 Mio. Fr.
Aufwandüberschuss	0,79 Mio. Fr.

Investitionsrechnung

Ausgaben	0,57 Mio. Fr.
Einnahmen	0,22 Mio. Fr.
Nettoinvestitionen	0,35 Mio. Fr.

Finanzierung

Nettoinvestitionen	0,35 Mio. Fr.
Abschreibungen	0,79 Mio. Fr.
Aufwandüberschuss	0,79 Mio. Fr.
Finanzierungsfehlbetrag	0,35 Mio. Fr.
Eigenkapital (Ende 2016)	1,00 Mio. Fr.